

Die Krise des Globalismus ist die Chance der AfD



Von FALKO BAUMGARTNER | In den letzten Tagen und Wochen hat sich die Nachrichtenlage stark verdichtet. Die Regierungskrise in Thüringen, der Amoklauf von Hanau, die Einschleppung des Coronavirus und nun der erneute Einsatz der Migrationswaffe durch die Erdogan-Türkei. Das politische Jahr 2020 hat endgültig begonnen. Die Frage lautet, wie soll die von der AfD angeführte patriotische Bewegung auf dieses Bündel an Entwicklungen reagieren?

Immivasion

Die Bilder von der griechischen Grenze wecken traumatische Erinnerungen an das annus horribilis 2015. Und doch ist die Stimmungslage diesmal anders. Damals musste die Mehrheit der Deutschen noch davon überzeugt werden, dass Merkels Politik ein verhängnisvoller Fehler ist. Heute weiß sie es. Antifa-Journalisten mögen wieder händeringend nach kleinen Kindern unter den steinwerfenden Grenzverletzern Ausschau halten, aber der Gedanke an eine zweite Runde „Willkommenskultur“ dreht zuhause auch strammen Multikulturalisten den Magen um – zu sehr dominiert die Angst vor der Erstarkung der AfD.

Auch entlang der Balkanroute hat sich die Situation verändert. Ein Sperrriegel pro-nationaler Regierungen – Ungarn, Polen, Tschechien und seit neuestem auch Slowenien – verlegt den Infiltratoren den Weg nach Mitteleuropa. Selbst das schwache Griechenland scheint diesmal entschlossen, seine Souveränität,

jedenfalls zu Lande, mit der Grenzpolizei zu verteidigen.

Aber der Schlüsselakteur bleibt Deutschland. Und hier hat sich seit jenen Tagen wenig getan. Ob Modernisierung des Asyl- und Sozialsystems oder Aufbau eines eigenen Grenzschutzes – alle notwendigen Reformschritte wurden von der Großen Koalition unterlassen. Nicht einmal das bestehende Recht wird durchgesetzt. Der Regierung Merkel IV fehlt schlichtweg der politische Wille, effektiv im Sinne des Rechtsstaats und im Interesse der Nation zu handeln. Aber solange die Magnetpolitik nicht beendet wird, wird auch der migrantische Druck an den Außengrenzen bestehen bleiben. Auch darüber ist die Mehrzahl der Bürger sich mittlerweile im Klaren.

Coronavirus

Zu diesen chronischen Problemen gesellt sich nun die Ausbreitung des Coronavirus. Nüchtern betrachtet sind seine gesundheitlichen Auswirkungen im Vergleich mit früheren Epidemien bislang mikroskopisch klein. Aber psychologisch besitzt der Virus durch das gestiegene Risikobewusstsein einer egozentrierten Spaßgesellschaft, in der die Angst vor dem Tod proportional zum Rückzug des Christentums wächst, politische Sprengkraft. Auch hier könnte sich ein langsamer Meinungswandel anbahnen, wenn den Bürgern klar wird: Der Preis für grenzfreien Personenverkehr in der EU ist der Import von Seuchen, Drogen, Terroristen, Kriminellen und Wirtschaftsmigranten in die Gegenrichtung.

Krise des Globalismus

In der Zusammenschau sind die aufziehende Pandemie und die drohende Wiederauflage der Asylvasion offensichtliche Krisenmomente der Globalisierung. Sie beweisen, dass barrierefreie Personenströme nicht einfach mit dem freien internationalen Warenhandel gleichzusetzen sind, sondern wegen des Faktors Mensch ganz eigene Risiken bergen. Und der Stich dieser Erkenntnis trifft gerade in die Herzkammer des

globalistischen Systems, also des globalen Finanzsystems, das an den Börsen seinen größten Einbruch seit der Bankenkrise von 2008 erleidet.

Die Krise der planetaren Klasse, der Einladungspolitiker und Nationalstaatsfeinde sollte eigentlich die Stunde der AfD sein. Denn am Ende gilt immer noch: „It's the economy, stupid!“ Eine weitere Abkühlung der Wirtschaft könnte in eine echte Rezession übergehen, die die Legitimität der herrschenden Klasse erodieren würde.

Verfassungsschutzereien

Aber auch das System hat seine Trümpfe in der Hand. Mit „Hanau“ droht vollends eine totale Koalition aller anderen Parteien und organisierten gesellschaftlichen Kräfte gegen die einzige Oppositionspartei im Bundestag. Allen gegenlautenden Bekundungen zum Trotz haben sich die demokratiefernen Parteien schon vor langer Zeit dazu entschlossen, die AfD nicht politisch zu stellen, sondern organisatorisch zu erledigen. Und mit der Partei sollen auch die Themen, die sie anspricht und die mit dem Instrumentarium der Altparteien nicht zu lösen sind, beerdigt werden. Die nächsten Wochen dürften in dieser Hinsicht Klarheit bringen, da die Jahresfrist zur Untersuchung des „Prüffalls“ bereits abgelaufen ist. Sehr wahrscheinlich wird die sogenannte Verfassungsschutzbeobachtung auf weitere Teile der Partei ausgeweitet werden oder sogar die ganze Partei erfassen. Insbesondere die dezimierte SPD und die gereizte CSU knüpfen daran ihre Hoffnung auf Wiederherstellung ihrer alten Glorie, und die rückgratlose CDU wird diesmal willig liefern. Auch weil die Großkoalitionisten wissen: es gibt 2020 keine wichtigen Wahlen mehr, bei denen sie für ihren demokratiefeindlichen Machtmissbrauch abgestraft werden könnten.

Zehn-Punkte-Programm

In dieser Situation ist die AfD gut beraten, einen kühlen Kopf

zu bewahren und politische Reife zu demonstrieren. Im Unterschied zu 2015 sitzt sie mittlerweile in allen Landtagen und dem Bundestag. Dieser wachsenden Verantwortung muss sie trotz aller Anfeindungen durch bewusste Sachpolitik und kalibrierte Meinungsäußerungen gerecht werden. Die aktuelle Krise des Globalismus eröffnet ihr die einmalige Chance, die politische Meinungsführerschaft zu übernehmen und die etablierten Parteien mit gezielter Themensetzung vor sich herzutreiben. Nach dem Vorbild des Zehn-Punkte-Programms von Helmut Kohl 1989, das den Weg zur Wiederherstellung des deutschen Nationalstaats diplomatisch ebnete, könnte ein pro-deutscher und pro-europäischer Forderungskatalog wie folgt aussehen:

1. Bilaterale Soforthilfe an Material und Personal an Griechenland, Bulgarien und alle anderen EU-Grenzstaaten zur Sicherung der EU-Außengrenze gegen Masseninfiltrationen
2. Einrichtung eines EU-Fonds zum befestigten, lückenlosen Ausbau der gesamten EU-Landgrenze von Ceuta bis zum Polarkreis nach dem Vorbild von Israel und Ungarn
3. Erklärung des EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen für aufgehoben seitens der Türkei
4. Diplomatische Aufforderung an die Türkei zum Rückzug ihrer Landtruppen aus Syrien, so dass der syrische Bürgerkrieg zum Abschluss gebracht werden und der Wiederaufbau des Landes endlich beginnen kann
5. Völlige Einstellung der milliardenschweren EU-Heranzahlungsgelder an die Türkei
6. Offizieller Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ohne alternatives Angebot einer „privilegierten Partnerschaft“
7. Beendigung der Gespräche der EU-Kommission über eine Visafreiheit für türkische Staatsangehörige
8. Abschluss von Rückführungsabkommen mit den Herkunftsstaaten der „Flüchtlinge“ nach dem Prinzip, Visa ausstellung und Entwicklungshilfe gegen Rücknahme‘

9. Personenkontrollen an allen deutschen Grenzübergängen zur Verhinderung der weiteren Einschleppung des Coronavirus
10. Neuverhandlung des Schengener Abkommens zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen nach dem freien Willen der EU-Mitgliedstaaten

Je stärker die AfD die politische Agenda dieser Tage beherrschen kann, desto schwerer wird es den Altparteien fallen, ihre Instrumentalisierung des Inlandsgeheimdienstes nicht als selbstdienlichen Machiavellismus wirken zu lassen.